

Die Forderungen der Eisenbahner.

Ablehnung der Zugeständnisse der Regierung.

Der Vorsitzende des Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamtenvereins Hans Richter sprach gestern in einer im Hotel Holzwarth stattgefundenen und äußerst zahlreich besuchten Eisenbahnbeamtenversammlung über die seitens der Regierung der Eisenbahnerschaft gemachten Zugeständnisse. Die Regierung, erklärte Redner, billigte nur den während der Kriegszeit im ausführenden Betriebsdienste stehenden Bediensteten die anderthalbfache Anrechnung der Kriegsjahre zu. Die Arbeiterschaft und die im Zentraldienste stehende Beamtenschaft sind von dieser Begünstigung ausgeschlossen. (Lebhafte Protestrufe.) Die Arbeiterschaft wurde mit der Begründung ausgeschlossen, weil in einigen Werkstätten gestreikt wurde und weil die Arbeitsleistungen in den Werkstätten auf 18 Prozent der Friedensleistungen herabgesunken seien. Die Begründung für den Ausschluß der Beamtenschaft des Zentraldienstes siehe bis heute noch aus. Diese Beamtenschaft habe weder gestreikt, noch könne irgend jemand die Behauptung wagen, daß sich die Arbeit im Zentraldienste gegenüber der Friedenszeit vermindert habe.

Der Zentraldienst — führte Redner weiter aus — hatte gegenüber der Friedenszeit eine ungeheure Arbeit zu leisten und mußte alle Kräfte anspannen, um den Anforderungen gerecht zu werden. Zum Dank dafür soll nun die Beamtenschaft des Zentraldienstes mit einem Schlage unglücklich gemacht und in unverdienter Weise schwer gekränkt werden. (Stürmische Protestrufe.) Zum Abgeordneten Seiner erklärte man gestern im Eisenbahnministerium, daß der Minister Baron Banhans über diese Art der Regelung unglücklich sei und wisse, daß dadurch etwas Kräftiges und Ungeheuerliches geschehen ist, aber gegen den starken Willen des Finanzministers vermag er nicht aufzukommen. (Bewegung und Rufe: Das sind sehr traurige Zustände!) Welche Folgen diese Maßnahme in der Zukunft haben werde, lasse sich gar nicht voraussagen, schon deshalb nicht, weil ja von dieser krankenden Zurücksetzung und materiellen Schädigung auch die Arbeiterschaft betroffen werde. (Rufe: Die wird sich zu helfen wissen!) Die Beamtenschaft des Betriebsdienstes erklärte einstimmig, dieses Zugeständnis der Regierung nicht anzunehmen, weil es nicht angehe, daß eine so große Gruppe, wie die Beamtenschaft des Zentraldienstes, von einer Vorteilsbringenden Maßnahme ausgeschlossen werde. (Lebhafte Beifall.) Der Beamtenschaft bleibe nur eine Hoffnung, und die bilde das im Oktober zusammen tretende Parlament und die bestehenden Organisationen, die nun alles daransetzen werden, die Forderungen der Koalition restlos durchzusetzen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

An diese Mitteilungen knüpfte sich eine sehr bewegte Debatte, an der sich die Herren Banko, Schnee und Sikora beteiligten, die alle diese Maßnahme als eine krasse Härte bezeichneten und die unbedingte Gleichstellung der Eisenbahnbediensteten aller Kategorien in der Frage der 1/2fachen Anrechnung der Kriegsjahre forderten. Die Versammlung nahm hierauf einstimmig folgende Resolution an:

Die Zusagen der Regierung sind angesichts der furchtbaren wirtschaftlichen Not vollständig unzureichend, insbesondere aber in den Punkten 3 betreffend die Erhöhung der Steuerzulage und 6 bezüglich der Anrechnung der Kriegsjahre. Die fortschreitende Entwertung des Geldes, erfordert eine ausgiebige und rasche Abhilfe seitens des Staates, insbesondere auch durch Beistellung von Lebensmitteln und täglichen Bedarfsartikeln, wie Kleider, Schuhe, Wäsche usw. Sollte

dies unmöglich sein, dann müßte die geldliche Abhilfe in dem Maße gehalten sein, um die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel zu Gleichhandelspreisen erwerben zu können. In der einseitigen Anrechnung der Kriegsjahre nur für den ausführenden Betriebsdienst, welche den Exekutivkameraden aus ganzem Herzen gegönnt ist, erblickt die Versammlung den ernstesten Versuch, Zwietracht in die Berufsgemeinschaft der Eisenbahnbeamtenschaft zu tragen und erklärt die Versammlung, jedem solchen Versuche mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Versammlung fordert die Leitung des Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamtenvereins auf, nichts unversucht zu lassen, um im Verein mit allen übrigen koalitierten Eisenbahnerverbänden, den gemeinsamen Forderungen restlos zum Durchbruch zu verhelfen, spricht der Vereinsleitung das vollste Vertrauen aus, und billigt die bisher eingeschlagenen Wege zur Erreichung der Ziele der Beamtenschaft.

Ueber Antrag des Vorsitzenden Herrn Banko wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, daß jeder Eisenbahnbeamte den einmaligen Betrag von 10 K. dem Hilfsfonds der Eisenbahnerbeamtenschaft zu widmen hat. Zu dem gleichen Zwecke widmet der Eisenbahnbeamte Herr Machowski ein großes Flügelrad zur Benagelung.